

A281-Aktivisten wollen Analyse

Gestern hat in Obervieland die Erörterung der privaten Einwendungen begonnen

SONJA NIEMANN

Seit gestern werden im Bürgerhaus Obervieland die privaten Einwendungen von Bürgern gegen den geplanten Bauabschnitt 2/2 erörtert. Die Bürgerinitiative fordert eine neue Kosten-Nutzen-Analyse.

LINKS DER WESER Gegen den geplanten Bauabschnitt 2/2 der A281 haben Bürger rund 600 Einwendungen eingereicht. Seit gestern und noch bis morgen werden sie jeweils ab 9.30 Uhr im großen Saal des Bürgerhauses erörtert. „Der Erörterungstermin soll eine Lösungsfunktion

für verschiedene Fragen haben“, erklärte Thorsten Bergt von der Anhörungsbehörde beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr. Jeden Tag steht ein anderer Themenblock auf dem Programm. Geht es heute um Luft- und Lärmemissionen sowie Luftsicherheitsmaßnahmen, werden morgen weitere Umweltthemen besprochen.

Aber auch schon am ersten Tag gab es konkrete Forderungen der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A281. Sprecher Norbert Breeger kritisierte, dass die geplante Maßnahme, mit der die A281 in Arsten an die A1 angeschlossen werden soll, nicht auf ihren Kosten-Nutzen-Faktor untersucht worden ist. „Der Bund ist für den Bundes-

verkehrswegeplan zuständig“, erklärte Dr. Susann Cordes, die das Projekt Autobahnneckverbindung A281 bei Senator für Umwelt, Bau und Verkehr leitet. Der Kosten-Nutzen-Faktor sei von ihm deshalb nicht überprüft worden, weil es sich beim Bauabschnitt 2/2 zum einen lediglich um einen Lückenschluss handele und die Planung dafür zum anderen schon weit fortgeschritten sei.

„Mir ist keine einzige Kosten-Nutzen-Analyse des Bauabschnitts 2/2 bekannt“, sagte Rechtsanwalt Dr. Andreas Reich, der nicht nur die von der Enteignung bedrohte Familie Plate, sondern auch die Bürgerinitiativen (BI) vertritt. Seiner Meinung nach gehe es beim geplanten Bau des Autobahnteilstücks außerdem ge-

rade nicht um einen Lückenschluss. „Wir haben ja schon die Neuenlander Straße als leistungsstarke Bundesfernstraße.“

Mit einem Antrag haben die BI jetzt den Bremer Landesrechnungshof aufgefordert, den Nutzen des geplanten Autobahnteilstücks erneut zu berechnen und den anfallenden Kosten gegenüber zu stellen. „Es wär ja wohl eher der Bund der Adressat“, wandte Berg ein. Er schaffe mit dem Bundesverkehrswegeplan schließlich die Voraussetzungen für den Straßenbau. Das sehen die BI-Aktivisten anders. Bremen sei mit eigenem Geld an der Maßnahme beteiligt und deshalb auch verpflichtet, eine eigene Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen.